

# AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 2 / JUNI 2019

HUMAN  
RIGHTS  
FOR IRAN

## IRAN

Freiheit für Nasrin  
Sotoudeh!

## LIBANON

„Ihr Zuhause ist mein  
Gefängnis“

## SETZ DICH EIN

für die Samstagmütter  
für Cristina Palabay  
für Ciham Ali Ahmed

FREEDOM  
FOR  
NASRIN



NETZWERK FRAUENRECHTE



AMNESTY  
INTERNATIONAL





WEB  
frauenrechte.amnesty.at  
E-MAIL  
frauenrechte@amnesty.at  
FACEBOOK  
amnestynetzwerkfrauenrechte  
TWITTER  
@AIFrauenrechte

SPENDENKONTO  
BIC: GIBAATWWXXX  
IBAN: AT14201110000316326  
lautend auf  
AMNESTY INTERNATIONAL  
ÖSTERREICH  
Verwendungszweck  
NETZWERK FRAUENRECHTE

*Spenden an Amnesty sind  
steuerlich absetzbar*

## Liebe Unterstützer\*innen! Liebe Amnesty-Freund\*innen!

Amnesty-Arbeit ist nichts für Ungeduldige und nichts für naive Optimist\*innen. Es braucht einen langen Atem, mensch muss zahlreiche Enttäuschungen hinnehmen und darf trotzdem nicht den Glauben an die Sinnhaftigkeit des Einsatzes verlieren. Das zeigt die ungeheuerliche Verurteilung der iranischen Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh, die weltweit Empörung auslöste. Die unermüdliche Kämpferin für die Menschenrechte in ihrem Land wurde zu insgesamt 38 Jahren Gefängnis und 148 Peitschenhieben verurteilt. Seit 2010 setzen wir uns für ihre Freiheit und Sicherheit ein. Und werden es wohl noch länger tun müssen. Aber selbst wenn Nasrin Sotoudeh – und viele Aktivist\*innen, deren Freilassung Amnesty fordert – nicht so schnell aus der Haft entlassen werden, so helfen unsere Petitionen dennoch. Politische Gefangene, deren Schicksal öffentlich gemacht wird, sind besser geschützt vor Folter und Misshandlung und können nicht so leicht dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer fallen.

Sorgen um die Rechte der Frauen und Mädchen müssen wir uns aber zunehmend auch in Österreich machen. Die Bemühungen, die Fristenlösung zu verschärfen, zielen eindeutig darauf ab, die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung einzuschränken. Amnesty hat dazu

eine Stellungnahme abgegeben.

Neben den Amnesty-Berichten zu ausgebeuteten migrantischen Hausarbeiterinnen im Libanon und von der Polizei misshandelten und gedemütigten Sexarbeiterinnen in der Dominikanischen Republik findest du in dieser Ausgabe natürlich wieder Appellbriefe, die wir dich bitten abzuschicken: Für die türkischen Mütter, die nach Jahrzehnten immer noch Gerechtigkeit für ihre „verschwundenen“ Kinder verlangen. Für Ciham Ali Ahmed, die in Eritrea seit Jahren „verschwunden“ ist und für die bedrohte philippinische Menschenrechtsverteidigerin Cristina Palabay.

Zudem bringen wir interessante Berichte unserer Gruppenmitglieder – über die Sitzung des Commission on the Status of Women in New York, über eine bewundernswerte Iranerin, die trotz ihrer Behinderung das Leben meistert und über die Traumata von Frauen 25 Jahre nach dem Genozid in Ruanda.

Wenn wir richtig mitgezählt haben, ist dies die 150. postalische Aussendung des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte innerhalb von 30 Jahren. Denn unsere ehrenamtliche Gruppe wird heuer 30. Diesen runden Geburtstag möchten wir am 21. Juni würdig begehen, wenn möglich mit dir. Die Einladung findest du auf Seite 31. **Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte**

## INHALT

- 3 TÜRKEI. „Samstagsmütter“ fordern Gerechtigkeit
- 4 IRAN. Freiheit für Nasrin Sotoudeh
- 6 IRAN. Das Mädchen vom Mars
- 8 IRAN. Arbeitsrechtsaktivist\*innen in Haft
- 9 ERITREA. Seit 2012 verschwunden
- 10 ÖSTERREICH  
Schwangere müssen frei entscheiden können
- 11 ÖSTERREICH. Diffamierung statt Diskurs
- 12 INTERNATIONAL / CSW  
“I am proud to be a feminist“
- 14 LIBANON. Ihr Zuhause ist mein Gefängnis
- 16 DOMINIKANISCHE REPUBLIK  
Wenn sie sie haben können, warum wir nicht?
- 18 RUANDA. Das Trauma 25 Jahre nach dem Genozid
- 20 NIEDERLANDE. Urteil gegen Shell
- 21 PHILIPPINEN. Menschenrechtsaktivistin bedroht
- 22 DIES & DAS. Kurzmeldungen
- 23 - 29 APPELLBRIEFE. Bitte absenden!
- 31 ERFOLGE. Gute Nachrichten
- 32 KAMPAGNE #ÖsterGLEICH. Impressum



## TÜRKEI: DIE „SAMSTAGSMÜTTER“ FORDERN GERECHTIGKEIT FÜR VERSCHWUNDENE

Seit 1995 kamen die sogenannten Samstagsmütter Woche für Woche in Istanbul zusammen und forderten Gerechtigkeit für ihre „verschwundenen“ Angehörigen. Sie wollen auf das Schicksal von in den Achtziger- und Neunzigerjahren verschleppten und verschwundenen Menschen, vor allem aus den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei, aufmerksam machen.

Am 25. August 2018 jedoch löste die Polizei den friedlichen Protest der Frauen mit Tränengas, Plastikgeschossen und Wasserwerfern auf.

An diesem Tag fand die Mahnwache seit ihrem Beginn 1995 zum 700sten Mal statt. Zahlreiche Teilnehmende, darunter auch ältere Angehörige von Menschen, die dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen sind, wurden misshandelt. Zusätzlich nahm die Polizei 47 Menschen fest und ließ sie erst später am Tag wieder frei.

Seitdem verhindern die türkischen Behörden die Mahnwache, obwohl die Versammlungen

der Gruppe und ihre Reden immer friedlich waren und nie zu Gewalt aufgefordert wurde.

**ERDOĞANS VERSPRECHEN.** Als der heutige Präsident Recep Tayyip Erdoğan das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, traf er sich 2011 mit einigen Angehörigen von „Verschwundenen“ und versprach, dass seine Regierung sich des Themas Verschwindenlassen annehmen werde. Nun wollen die Samstagsmütter erneut mit ihm sprechen, um ihn an sein Versprechen zu erinnern.

Fordere den türkischen Präsidenten auf, dafür zu sorgen, dass die Mahnwache zukünftig ohne rechtswidrige Einschränkungen abgehalten werden kann und dass die Teilnehmenden ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung ausüben können. Fordere ihn außerdem dazu auf, das Gesprächsangebot der Samstagsmütter anzunehmen und sich mit ihnen zu treffen.

**SETZ DICH EIN!**  
Bitte schick den  
Appellbrief an den türki-  
schen Präsidenten bis  
Mitte Juni ab.

# FREIHEIT FÜR NASRIN SOTOUDEH!

**IRAN. Die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh wurde im März zu insgesamt 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt.**

Die herzerreißenden Briefe der iranischen Anwältin und Frauenrechtsaktivistin Nasrin Sotoudeh aus dem Gefängnis enthüllen das Trauma, das die Regierung den Familien zufügt, während sie gleichzeitig behauptet, diese zu schützen.

Nasrin Sotoudeh ist eine Anwältin, die sich

eine Geldstrafe zahlen zu müssen. Sie hatte auch Frauen verteidigt, die sich gegen den Zwang, sich zu verschleiern, wehrten. Nasrin wurde nach zwei unfairen Gerichtsverfahren zu insgesamt 38 Jahren und 148 Peitschenhieben verurteilt, weil sie eine Entscheidung für Frauen und Mädchen verlangte. Dies ist das härteste Urteil, das in den letzten Jahren gegen eine\*n Menschenrechtsverteidiger\*in im Iran verhängt wurde, was darauf hindeutet, dass die Behörden ihre Repressionen verschärfen. Sie wird 17 Jahre dieser Strafe verbüßen müssen.

**„SÜNDHAFTES AUFTRETEN“.** Nasrin Sotoudeh war am 13. Juni 2018 in ihrem Haus verhaftet worden. Im März 2019 informierte man sie darüber, dass sie in insgesamt sieben Anklagepunkten zu 33 Jahren Gefängnis und 148 Schlägen verurteilt worden sei und wo sie diese Strafe verbüßen müsse. Zu den Vorwürfen, die man ihr macht, gehören „Anstiftung zu Korruption und Prostitution“, „offenes sündhaftes Auftreten in der Öffentlichkeit ohne Kopftuch“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“.

Während ihrer Verurteilung wurde Artikel 134 des iranischen Strafgesetzbuches angewandt, der es den Richtern erlaubt, nach eigenem Ermessen eine höhere Strafe als die gesetzlich vorgesehene Höchststrafe zu verhängen, wenn die angeklagte Person mit mehr als drei Anklagen konfrontiert wird. Im Fall Nasrin Sotoudeh verhängte der Richter, Mohammad Moghiseh, für jede der sieben Anklagen die maximale gesetzliche Strafe und fügte dann weitere vier Jahre zur gesamten Haftstrafe hinzu.

**INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT MUSS HALTUNG ZEIGEN.** „Eine Menschenrechtsverteidigerin wegen ihrer friedlichen Aktivitäten zu inhaftie-



**Nasrin Sotoudeh mit ihrer Tochter Mehraveh und Sohn Nima**  
© privat

nie scheut, das Richtige im Iran zu tun. In ihrer langen und beeindruckenden Karriere hat sie die Ungerechtigkeiten der Todesstrafe aufgedeckt und sich für Kinderrechte eingesetzt.

Zuletzt widersetzte sie sich erniedrigenden Gesetzen, die Mädchen ab neun Jahren dazu zwingen, einen Hijab zu tragen oder ins Gefängnis zu gehen, Prügel zu erhalten oder

## SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief an die oberste Justizautorität im Iran noch im Juni ab.

ren, ist abscheulich genug. Aber dass der Richter im Fall Nasrin Sotoudehs seinen Ermessensspielraum genutzt habe, um sie für weit mehr Jahre als vorgesehen zu verurteilen, verschlimmert die ungeheure Ungerechtigkeit ihrer Strafe“, sagte Philip Luther, Research and Advocacy Director von Amnesty International im Nahen Osten und in Nordafrika. „Regierungen mit Einfluss auf den Iran müssen ihre Macht nun nutzen, um die Freilassung von Nasrin Sotoudeh zu fordern. Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Europäische Union, die einen ständigen Dialog mit dem Iran führt, muss eine eindeutige Haltung gegen diese Verurteilung einnehmen.“

Weltweit rief das ungeheuerliche Urteil Kritik und Proteste hervor. Amnesty International möchte noch im Juni eine Million Unterschriften für die Freilassung Nasrins sammeln.

**NASRINS DILEMMA.** Nasrin Sotoudeh ist auch Mutter von zwei Kindern. Ihr Engagement für Gerechtigkeit und Gleichheit für ihre Klient\*innen setzen die iranischen Behörden gegen sie ein. Sie haben sie zweimal ins Gefängnis geworfen: einmal im Jahr 2010 und wieder im Jahr 2018.

Beide Male wurde Nasrin von ihren geliebten Kindern und ihre Kinder von ihrer tapferen und liebevollen Mutter gerissen. In dieser Zeit schrieb sie eine Reihe von Briefen aus dem Gefängnis an ihren jetzt elfjährigen Sohn Nima und ihre jetzt 19-jährige Tochter Mehraveh.

Wie diese Briefe (rechts ein Brief von 2018)

HALLO MEIN LIEBSTER NIMA,

Ich weiß nicht, wie ich diesen Brief beginnen soll. Wie kann ich vergessen, dass du dieses Jahr ohne mich und sogar ohne deinen Vater an deiner Seite in die Schule gehen musstest, und dir einfach sagen, dass dieses Jahr ein normales Jahr ist wie jedes andere Jahr? Wie kann ich dich bitten, rechtzeitig zur Schule zu gehen, Hausaufgaben zu machen, gut zu lernen und ein guter Junge zu sein, bis wir wiederkommen?

Ich würde es hassen, dir als Mutter solche Worte zu sagen, weil ich weiß, dass du in deinem jungen Leben das ständige Trauma erleben musstest, mich im Gefängnis zu besuchen, verboten zu bekommen, mich zu besuchen und die Angst vor Ungerechtigkeit.

Als Mutter kann ich dich nicht bitten, meine Existenz zu vergessen und zu denken, dass du überhaupt keine Mutter hast, nur damit ich mit gutem Gewissen meiner Arbeit nachgehen und für die Menschenrechte kämpfen kann. Möge ich niemals so grausam zu dir sein.

Meine Arbeit als Rechtsanwältin, die im Iran ständig angegriffen wird, zieht mich - und diesmal auch deinen Vater - in den Sturm der Ungerechtigkeit und Feigheit, der die Gemeinschaft der iranischen Anwalt\*innen zerstört.

Heute denke ich ständig an dich, wie einsam du dich fühlen musst, und an unsere liebe Mehraveh, die uns stolz gemacht hat und jetzt gezwungen ist, sich um dich zu kümmern und gleichzeitig deine Mutter und dein Vater zu sein.

Ich sende dir meine Tränen der Liebe, in der Hoffnung, dass sie die Ungerechtigkeit unserer Zeit für dich etwas erträglicher machen.

Ich sende dir Tausende von Küssen, denn ich habe dich allzu lange nicht gesehen.

Maman Nasrin

zeigen, lässt Nasrins Angst, das zu sein was sie ist – jemand, die um jeden Preis das Richtige verteidigen muss – sie ihre eigenen Entscheidungen als Mutter in Frage stellen.

Es ist eine ungerechte Situation, die nicht von ihren Entscheidungen geprägt ist, sondern von einer repressiven Regierung, die entschlossen ist, sie zu brechen. Viele sind sich einig, dass Nasrin die beste Mutter ist, indem sie ihren Kindern zeigt, dass Wahrheit und Gerechtigkeit Prinzipien sind, für die es sich lohnt zu kämpfen und dass eine gute Mutter zu sein, nicht bedeutet, zwischen ihren Werten und ihren Kindern zu wählen.



Protestaktion für die Freilassung von Nasrin Sotoudeh bei der iranischen Botschaft in Wien am 27. März  
© Christopher Glanzl

**IRAN. Menschen mit Behinderung erhalten im Iran kaum Unterstützung. Manijeh, eine Frau mit mehrfacher Behinderung, erzählt, wie sie die vielen Hürden zu einem selbstbestimmten Leben meisterte.**

*Von Parastoo Fatemi, M.A. in Human Rights und Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte. Selbst im Iran geboren ist sie Aktivistin für die Frauenrechte im Iran und nahm an UN-Konferenzen in Genf teil. Ein besonderes Anliegen sind ihr Frauen mit Behinderung, zu deren schwieriger Situation sie auch wissenschaftlich arbeitete.*

Manijeh Tafaghod Rezaei ist bekannt unter dem Synonym „Mädchen vom Mars“ aus dem Iran. Den Namen gab sie sich selbst, weil sie wegen ihrer Behinderung oft bestaunt wurde wie ein Wesen von einem anderen Planeten. Sie ist in Teheran geboren und aufgewachsen und wohnt derzeit in den Niederlanden.

Manijeh hat drei Geschwister und ist das letzte Kind der Familie. Sie wurde im Jahr 1981 geboren und sagt, dass die Hauptursache ihrer Behinderung der Krieg zwischen Iran und Irak während der Schwangerschaft ihrer Mutter war. Sie hat drei seltene Krankheiten. Eine davon ist die Achondroplasie, wobei es sich um eine genetisch bedingte Wachstumsstörung handelt, die mit Minderwuchs und verkürzten Extremitäten einhergeht. Zudem kann sie einen ihrer Gesichtsmuskeln nicht mehr bewegen. Sie konnte selbst gehen bis sie 15 Jahre alt war. Durch eine Rückenmarksverletzung ist ihr dies nun nicht mehr möglich.

**MANIJEH ERZÄHLT:** „Zum Glück hat meine Familie mich akzeptiert. Als ich vier Jahre alt war, war mir bereits klar, dass ich anders bin als die anderen, da die Leute mich anders angesehen haben. Ich fragte neugierig meine Mutter, warum mich die Menschen so ansehen, und sie antwortete, dass das daran läge, weil ich anders aussähe als andere Menschen. Sie sagte: „Wenn dich jemand komisch anschaut, schau du ihn auch so an.“ Ich habe damals gelernt, wie ich dagegen ankämpfen kann. Diese Reaktionen der anderen machten mir Angst und Sorge, und deswegen wollte ich am Anfang als Kind nicht mehr zur Schule gehen. Als ich angefangen habe, waren alle Kinder sehr freundlich und ich habe Freund\*innen gefunden. Als ich älter wurde, mit etwa 15 Jahren, begann meine

Krankheit und ich konnte nicht mehr selbst gehen. Daraufhin bin ich nicht mehr zur Schule gegangen und habe nur zu Hause gelernt, weil es in der Schule keine Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen gab, wie einen Aufzug, barrierefreien Zutritt für Rollstuhlfahrer\*innen oder eine spezielle Toilette. Durch mein Studium zu Hause konnte ich das Gymnasium ein Jahr später abschließen. Ich habe fast fünf Jahre von zu Hause aus studiert, da ich nicht mehr gehen konnte. Im Sommer gab es Schulungszentren für Menschen mit Behinderungen. Dort habe ich auch an ein paar Kursen teilgenommen.

**LANGE SEHR EINSAM.** In meiner Jugend hatte ich viele Schwierigkeiten: Ich hätte zum Beispiel wirklich gerne das Gefühl erlebt, zu lieben und geliebt zu werden. Wenn ich mich mit anderen Freund\*innen, die in Liebesbeziehungen waren, verglichen habe, fühlte ich mich unter Druck gesetzt. In diesen Jahren war ich einsam und wollte nicht mit anderen kommunizieren. Aber das war absolut entgegengesetzt zu meinem jetzigen Charakter. Wenn andere zu mir gekommen sind, gab ich ihnen immer das Gefühl, dass ich selbst mit meinem Leben zufrieden bin, weil ich dachte, sie sind nur nett zu mir wegen meines Gesundheitszustands und haben Mitleid mit mir und diese Behandlung wollte ich nicht.

Ich fühlte den ablehnenden Blick auf mir in der Öffentlichkeit. Menschen mit Behinderungen sind empfindlicher gegenüber dem Verhalten und den Reaktionen anderer Menschen. Unter diesen Bedingungen setzte ich mein Studium in den ersten zwei Jahren in der Universität fort. Ich war sehr abhängig von meiner Mutter und Schwester und aus diesem Grund habe ich mich entschieden, in eine andere Stadt zu gehen, um mein Studi-



um fortzusetzen. Ich hatte Glück, denn meine Eltern waren beide Lehrer\*innen. Sie konnten mir in den fünf Jahren, in denen ich wegen meines Gesundheitszustands zu Hause war, helfen, damit ich mein Studium abschließen konnte.

**ZUGANG ZU BILDUNG VERWEHRT.** Stellen Sie sich diese Bedingungen für Menschen mit Behinderungen vor: viele von ihnen haben keinen gleichberechtigten und unbegrenzten Zugang zu Bildung oder die Möglichkeit, ein Teil der Gesellschaft zu sein. Die Verantwortung zur Unterstützung und Erleichterung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen ist eine Pflicht, die die Regierung erfüllen müsste. Als ich die Volksschule angefangen habe, wollte mich die Schulleiterin aufgrund meiner körperlichen Verfassung nicht in der Schule anmelden und sie bestand darauf, dass ich mich für eine Sonderschule anmelden sollte. Meine Mutter widersprach dem und bestand darauf, dass ich keine geistigen Probleme hätte und deshalb gemeinsam mit den anderen Kindern in dieser Schule lernen könnte. Ich erinnere mich nicht daran, dass noch ein anderes Kind mit meinen Bedingungen in der Schule war.

Ich habe viele Freund\*innen mit körperlichen Einschränkungen, aber da sie in Sonderschulen lernen mussten, war ihr Wissensstand nicht gleich mit meinem. Dies führte dazu, dass viele von ihnen ihre Ausbildung nicht auf einer höheren Ebene fortsetzen konnten. Aufgrund meiner Erfahrung denke ich, dass, wenn Kinder mit und ohne Behin-

derungen zusammen unterrichtet werden würden, die Gewalt und Diskriminierung gegen Menschen mit Behinderungen reduziert werden könnte. Bis zu meiner Matura hatte ich keine Kenntnis von der Existenz einer sozialen Einrichtung für Menschen mit Behinderungen im Iran. Das Angebot an Unterstützung ist jedenfalls nicht sehr ausgeprägt.

**KAUM HILFE DURCH ÖFFENTLICHE STELLEN.** Bis vor einem Jahr, als ich noch im Iran war, haben Menschen mit Behinderungen eine monatliche Invaliditätsrente von 53.000 Toman (ca. 6 Euro) von der Regierung erhalten. Sie haben einmal im Jahr Windeln und einige Gesundheitsprodukte erhalten, die sie das ganze Jahr über mit dem Nötigsten versorgen sollten. Es war sehr schwierig, einen Rollstuhl von der staatlichen Wohlfahrtsorganisation zu bekommen, und als mir dieser schließlich zur Verfügung gestellt wurde, war es ein manueller und kein elektronischer Rollstuhl und ich sollte diesen für fünf Jahre behalten. Für jemanden wie mich mit geringer Statur ist ein normaler Rollstuhl nicht hilfreich, da meine Hände das Rad nicht leicht erreichen können. Dies macht es mir noch schwerer, in der Gesellschaft zurecht zu kommen. Vor zwei Jahren konnte ich mir erstmals einen Elektrorollstuhl besorgen. Ich wollte diesen bereits vor 14 Jahren kaufen, allerdings war der Preis sehr hoch und vergleichbar mit dem eines Autos. Da ich nun schon fast zwei Jahre in den Niederlanden lebe, konnte ich während dieser Zeit einen großen Unterschied zwischen dem Iran und den Niederlanden spüren. Als ich

**Manijeh Tafaghod Rezaei**  
© privat

zum Beispiel zum ersten Mal nach Amsterdam kam, sah mich niemand als Ausländerin und Person mit Behinderung an. Ich fühlte mich den anderen Menschen in dieser Stadt ziemlich gleichwertig.

**ERSTMALS U-BAHN BENUTZT.** Da ich in der Hauptstadt Teheran gelebt habe, hatte ich keine Möglichkeit, die U-Bahn zu benutzen, weil es an den Stationen selten Aufzüge gab. In den Niederlanden konnte ich zum ersten Mal die U-Bahn benutzen.

Die Universität in Teheran hatte keinen Aufzug sondern nur eine Treppe. Meine Studienkolleg\*innen mussten mich die Treppe hinauftragen, damit ich am Unterricht teilnehmen konnte.

Im Iran konnte ich keine Arbeit finden, obwohl ich dort studiert hatte. Die Regierung behauptet jedoch, dass 3 Prozent der öffentlichen Arbeitsplätze von Menschen mit Behinderungen besetzt werden.

Als ich 15 Jahre alt war, hatte ich mich zum

ersten Mal verliebt und hatte schon viele Male einseitige Liebe erlebt. Ich bin jetzt verheiratet und mein Mann ist ein Mensch ohne Behinderung. Viele Menschen glauben fälschlicherweise, dass Personen mit Behinderungen nicht heiraten und keine Familie gründen können. Mein Mann hat seinen Masterabschluss gemacht und mich in vollem Wissen für das Leben und die Ehe ausgewählt. Angesichts dessen, dass der Iran die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert hat, hoffe ich, dass er die notwendigen Schritte setzen wird, um Menschen mit Behinderungen die vollständige Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Ich hoffe, dass jegliche Form der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen so bald wie möglich auf der ganzen Welt beseitigt wird und wir uns alle vollkommen gleichberechtigt mit anderen Menschen betrachten und gleiche Chancen in der Gesellschaft genießen können.

## ARBEITSRECHTSAKTIVIST\*INNEN IN HAFT

Amnesty International hat die Verhaftungen von Hunderten von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitsrechtsaktivist\*innen im Rahmen einer Kampagne zur Unterdrückung sozialer Unruhen und öffentlicher Kritik dokumentiert. Die Gerichte haben Dutzende von ihnen zu Haftstrafen verurteilt. Mindestens 38 Menschen wurden zudem zur Auspeitschung verurteilt.

Da sich die Wirtschaftskrise im Iran im vergangenen Jahr verschärft hat - zum Teil durch die Sanktionen der Vereinigten Staaten verursacht -, sind Arbeitnehmer\*innen im privaten und öffentlichen Sektor zu Tausenden auf die Straße gegangen und

haben gestreikt, um bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Verspätet oder nicht ausbezahlte Löhne bei hoher Inflation, explodierenden Lebenshaltungskosten und schlechten Arbeitsbedingungen haben ebenfalls zu Protesten geführt.

Anstatt sich jedoch mit den Beschwerden der Arbeitnehmer\*innen zu befassen, haben die iranischen Behörden daraufhin Hunderte von ihnen verhaftet, darunter Lehrer\*innen, Lastwagenfahrer und Fabrikarbeiter\*innen.

Die iranischen Behörden müssen unverzüglich und bedingungslos Arbeitsrechtler\*innen freilassen, die willkürlich inhaftiert sind, nur weil sie sich an friedlichen Protesten und Streiks beteiligen oder anderweitig ihr Recht auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit friedlich ausüben.

Die iranischen Behörden sollten auch unparteiische, unabhängige und wirksame Untersuchungen zu Vorwürfen einleiten, wonach einige Arbeitsrechtsaktivist\*innen, darunter Esmail Bakhshi und Sepideh Gholian (Foto), deren Aussagen Amnesty International ausführlich dokumentiert hat, in den letzten Monaten in Haft gefoltert oder anderweitig misshandelt wurden.



# 2012 VERHAFTET UND SEITHER „VERSCHWUNDEN“

**ERITREA.** Ciham Ali Ahmed wurde im Dezember 2012 festgenommen, als sie gemeinsam mit ihrem Onkel versuchte, die Grenze zwischen dem Sudan und Eritrea zu übertreten. Seither fehlt von beiden jede Spur.

APPELL JUNI 2019



Ciham Ali Ahmed als Schulmädchen  
© Saleh Younis

Die 22-jährige Ciham Ali Ahmed ist seit ihrem 15. Lebensjahr in Eritrea unter Bedingungen inhaftiert, die dem Verschwindenlassen gleichkommen. Sie wurde in den USA geboren, ist jedoch in Eritrea aufgewachsen und verfügt über die doppelte Staatsbürgerschaft. Am 8. Dezember 2012 wurde Ciham Ali Ahmed festgenommen, als sie gemeinsam mit ihrem Onkel versuchte, die Grenze zwischen dem Sudan und Eritrea zu übertreten. Seither wird sie ohne Kontakt zur Außenwelt in geheimer Haft gehalten. Alle, die die Grenze überschreiten, werden in der Regel für etwa vier bis sechs Monate inhaftiert.

**OHNE ANKLAGE IN HAFT.** Doch Ciham Ali Ahmed und ihr Onkel befinden sich mehr als fünf Jahre später immer noch ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt an einem unbekanntem Ort in Haft.

Es wurde nie Anklage gegen Ciham Ali Ahmed erhoben, und auch die Gründe für ihre

Festnahme und anhaltende Inhaftierung wurden nie erläutert. Man geht davon aus, dass die Behörden sie deshalb in Haft halten, um sie für mutmaßliche Aktivitäten ihres Vaters zu bestrafen, dem man vorwirft, 2013 an einem Putschversuch in Eritrea beteiligt gewesen zu sein.

**US-REGIERUNG SCHWEIGT.** Weder die US-Regierung noch andere internationale diplomatische Vertretungen haben sich bisher zu dem Verschwindenlassen von Ciham Ali Ahmed geäußert. Trotz wiederholter Versuche ihrer Familienangehörigen, das US-Außenministerium in dem Fall um Hilfe zu bitten, haben sie bisher keine Antwort erhalten.

Fordere den Präsidenten von Eritrea auf, den Aufenthaltsort von Ciham Ali Ahmed bekanntzugeben und sie umgehend und bedingungslos freizulassen. Bitte ihn zudem, bis zu ihrer Freilassung ihre Sicherheit zu garantieren.

**SETZ DICH EIN!**

Bitte schick den  
Appellbrief an den Präsidenten von Eritrea ab.

*Langzeitfall*

# SCHWANGERE MÜSSEN FREI ENTSCHEIDEN KÖNNEN

**Amnesty International erstellte auf Anfrage des parlamentarischen Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen im April zwei Stellungnahmen zu Schwangerschaftsabbruch in Österreich.**

*Die Freiheit, über den eigenen Körper zu entscheiden, ist eine wichtige Errungenschaft und nicht verhandelbar. Schwangere, die sich für einen Abbruch entscheiden, dürfen daher auch nicht gesellschaftlich stigmatisiert oder unter Druck gesetzt werden.*

Annemarie Schlack,  
Geschäftsführerin von Amnesty  
International Österreich

Amnesty International veröffentlichte zwei Stellungnahmen zum Thema Schwangerschaftsabbruch in Österreich. Anlass waren zwei Initiativen, darunter „#Fairändern“, die derzeit dem Parlament vorliegen. Der parlamentarische Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen hatte von Amnesty International die Stellungnahmen angefragt, die Frist endete am 11. April. Der Ausschuss sollte die Initiativen am 7. Mai behandeln, wurde aber vertagt.

**VERSCHÄRFUNGEN GEFORDERT.** Beide Initiativen fordern gesetzliche Verschärfungen bei Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich. Die Forderungen sind klar ein menschenrechtlicher Rückschritt und schränken die Entscheidungsfreiheit von Schwangeren in Österreich ein, kritisiert Amnesty und fordert von den Parlamentarier\*innen, sie nicht umzusetzen. Gleichzeitig sieht Amnesty Handlungsbedarf und fordert besseren Zugang zu leistbaren und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, zu leistbaren Verhütungsmitteln und ideologiefreier Sexualerziehung.

„Politische und religiöse Gruppen versuchen derzeit in Österreich, Druck auf Schwangere auszuüben und ihre Entscheidung über den Verlauf ihrer Schwangerschaft zu beeinflussen. Das ist inakzeptabel. Schwangere haben das Recht, frei und ohne Stigma über ihre Schwangerschaft zu entscheiden“, sagt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich.

Ein Schwangerschaftsabbruch hat physische, aber auch psychische Auswirkungen – vor allem auf die Schwangeren, aber auch auf Partner\*innen, Familien, Geschwister oder

Freund\*innen. Umso wichtiger ist es, die Zahl der ungewollten Schwangerschaften möglichst gering zu halten. Der einzig wirkungsvolle Weg, um Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern, ist es, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Daher fordert Amnesty Zugang zu leistbaren Verhütungsmitteln, ideologiefreier Aufklärung und Wissen über den eigenen Körper und Sexualität.

**HART ERKÄMPFTES RECHT IN ÖSTERREICH.** „Jeder Mensch hat das Recht, selbst über seinen Körper zu entscheiden. Das betrifft auch die Wahlfreiheit, eine Schwangerschaft auszutragen oder nicht. Dieses Recht haben wir uns in Österreich hart erkämpft. Wir werden uns dieses Recht nicht nehmen lassen“, sagt Annemarie Schlack und urgiert weiter: „Wir fordern von der Regierung sich für Schwangere und ihre Entscheidungsfreiheit einzusetzen und sich hinter die Errungenschaften zu stellen, die wir uns in Österreich bereits erkämpft haben. Wir fordern, dass keine zusätzlichen Schikanen eingeführt werden, die die Entscheidungsfreiheit der Schwangeren einschränken. Gleichzeitig muss sie dafür sorgen, dass Menschen in schwierigen Situationen finanziell und sozial abgesichert sind, wenn sie sich dazu entscheiden, eine Schwangerschaft auszutragen – das betrifft vor allem Alleinerziehende und Familien mit behinderten Kindern.“

**MENSCHENRECHT AUF SEXUELLE UND REPRODUKTIVE GESUNDHEIT.** Regelungen über Schwangerschaftsabbrüche betreffen das Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und

## DIFFAMIERUNG STATT DISKURS



*Statement von Annemarie Schlack anlässlich des neuen Civil Society Index – Update 2019, Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich*

im Besonderen das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung. Demnach darf jeder Mensch selbstbestimmt über Schwangerschaft und Mutterschaft entscheiden. Dafür müssen Schwangere Zugang zu leistbaren und sicheren medizinischen Diensten für Schwangerschaftsabbrüche haben.

**UNGEPLANTE SCHWANGERSCHAFT VERHINDERN.** Die wirkungsvollste Maßnahme, um die Zahl an Schwangerschaftsabbrüchen zu reduzieren, ist es, ungeplante Schwangerschaften zu verhindern. Daher müssen für alle Menschen – egal welchen Geschlechts – Verhütungsmittel leistbar und verfügbar sein. Außerdem ist Aufklärung und Wissen über den eigenen Körper und die eigene Sexualität besonders wichtig. Auch wenn die Entscheidung über den Schwangerschaftsabbruch bei der schwangeren Person liegt, wird sie in einem persönlichen und gesellschaftlichen Kontext getroffen. Damit Schwangere diese schwierige Entscheidung möglichst frei treffen können, müssen entsprechende soziale- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Das bedeutet, dass Schwangere, die sich für einen Abbruch entscheiden, nicht stigmatisiert und unter Druck gesetzt werden dürfen. Gleichzeitig müssen Menschen in schwierigen Situationen, die sich für eine Schwangerschaft entscheiden, finanziell und sozial abgesichert werden. Das betrifft vor allem Alleinerziehende, Familien mit behinderten Kindern. Außerdem hat der Staat die Aufgabe, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen.

Der Civil Society Index fasst die aktuellen Tendenzen in Österreich plakativ zusammen: Message Control anstatt Miteinander reden, Diffamierung statt Diskurs. Die organisierte Zivilgesellschaft in Österreich – und mit ihr viele Menschen im Land – wird schikaniert und Stück für Stück an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Das sind Tendenzen, die wir bei Amnesty International in manchen europäischen Ländern und auch in Österreich schon länger beobachten.

Ein kleiner politischer Zirkel versucht, kritischen Stimmen – darunter Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen – den Dialog zu verweigern. Dabei ist ein Wahlerfolg ein Auftrag, mit den Menschen im Land in Dialog zu treten und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, zu finden. Auch wenn dieser Dialog oft nicht einfach ist. Offene Gesellschaften leben vom Dialog auf Augenhöhe. Wenn Regierungen diesen Dialog verweigern, geht das auf Kosten aller Menschen im Land. Was es daher braucht, sind unter anderem Gespräche und gemeinsame Initiativen.

Dass es dafür einen größeren Bedarf gibt, zeigen aktuelle Beispiele wie unsere Kampagne #ÖsterGLEICH oder jene des Roten Kreuzes überMorgen. Jeder Mensch hat das Recht, seine Bedürfnisse und Kritik einzubringen, um die Gesellschaft mitgestalten zu können. Dafür braucht es auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die Möglichkeiten zum Austausch und zur Mitgestaltung bieten. Nur so wird unsere gemeinsame Basis – die Menschenrechte – mit Leben erfüllt und sind mehr als ein reines Lippenbekenntnis.

Zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen viele wichtige Funktionen für die Menschen im Land: Sie sind Plattformen für all jene, die sich austauschen möchten und fördern den kritischen Dialog. Sie ermöglichen es einzelnen, ihren Bedürfnissen gegenüber den Machthabenden Ausdruck zu verleihen und üben eine Kontrollfunktion gegenüber Regierungen aus. Viele Organisationen übernehmen auch wichtige Dienstleistungen für die Menschen im Land. Setzen wir uns dafür ein, dass sie ihre Arbeit im Sinne der Menschen auch weiterhin machen können.

*Amnesty International veröffentlichte im Februar 2019 einen Bericht über 50 Länder, in denen Gesetze – bereits in Kraft oder geplant – die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen erschweren.*

# „I AM PROUD TO BE A FEMINIST.“

## Ein Bericht über die 63. Sitzung der Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau

*Von Imke Steimann, Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte. Von November bis Anfang März hat sie ein Praktikum an der deutschen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York absolviert und so die Vorbereitung auf die 63. CSW hautnah miterleben können.*

„I am proud to be a feminist.“ Mit diesen Worten eröffnete UN-Generalsekretär António Guterres die 63. Sitzung der Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtsstellung der Frau (Commission on the Status of Women, kurz CSW). Seit ihrer Gründung 1946 tagt diese, mit ein paar Ausnahmejahren, einmal jährlich für zehn Tage in New York und widmet sich Themen der Geschlechtergerechtigkeit und der Stärkung der Stellung der Frau. Seither sind die Begriffe ‚Gender Equality‘ und ‚Empowerment of Women‘ nicht mehr aus der internationalen UN-Politik wegzudenken. Außerdem trägt die Kommission dazu bei, die oft ernste Realität der Frauenrechtssituation in vielen Ländern und Gesellschaften offen anzusprechen und den Dialog zur Verbesserung der Rechtsstellung der Frau anzustoßen.

und die Inselstaaten Niue und Tonga. Die USA hat zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert, das Abkommen ist dort also nicht rechtlich bindend (ebenso auf dem Inselstaat Palau).

Ein weiteres internationales Schlüsseldokument zur Geschlechtergerechtigkeit ist die Deklaration von Peking. Diese wurde im Jahr 1995 auf der vierten UN-Weltfrauenkonferenz in China verabschiedet, und sieht sich als Agenda für die Stärkung der Frau. Thematisiert werden zum Beispiel reproduktive Rechte und Familienplanung, aber auch der Bezug zwischen Frauen und Themen wie Umwelt, Armut, Gesundheit, Medien oder bewaffnete Konflikte. Ein Jahr später entschied der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, dass sich die Kommission in der Implementierung der Peking-Deklaration auch für Gender Mainstreaming aller UN-Aktivitäten einsetzen soll.

Auch findet sich das Thema Geschlechtergerechtigkeit und Stärkung der Frau in den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs) und der Agenda 2030 wieder.

**#CSW63.** Dieses Jahr fand im UN-Hauptquartier in New York City vom 11. bis 22. März die 63. Sitzung der Kommission statt. Teilgenommen haben Vertreter\*innen der Mitgliedsstaaten, UN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Im Zentrum der Debatte stand folgendes Thema: ‚soziale Sicherungssysteme und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und nachhaltiger Infrastruktur für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen‘. Daher finden sich im Abschlussdokument der Sitzung viele wichtige Maßnahmen in diesem Bereich, zum Beispiel der Aufruf nach mehr Investitionen in soziale Sicherungssysteme und öffentliche



**CEDAW.** Einen besonders großen Erfolg feierte die Kommission im Jahr 1981 (mitten in der ‚UN-Frauendekade‘ von 1976 bis 1985) mit dem Inkrafttreten der UN Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (kurz: Frauenrechtskonvention oder CEDAW). Sie legte hiermit bahnbrechende verbindliche internationale Richtlinien zu Geschlechtergerechtigkeit und Nichtdiskriminierung fest. Das Abkommen wurde mittlerweile von 189 Staaten ratifiziert – einzig nicht beigetreten sind bisher der Vatikan, Iran, Somalia



Side Event mit der UN Women Exekutivdirektorin Phumzile Mlambo-Ngcuka und der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini

© Lena Mattmüller

Betreuungsangebote, nach adäquaten sanitären Anlagen, u.a. für menstruelle Hygiene, nach gleicher Teilhabe und Führungsfunktion von Frauen(-rechtsorganisationen) bei allen politischen Entscheidungsprozessen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen und nachhaltiger Infrastruktur. Viele dieser Themen und unzählige weitere wurden in den zahlreichen ‚Side Events‘ angesprochen und diskutiert, oft von Nichtregierungsorganisationen oder Mitgliedsstaaten ausgerichtet.

UN Women organisierte beispielsweise einen Jugenddialog und Vorträge zur Gender-Perspektive im Klimawandel, zu sexueller Belästigung oder der Beseitigung diskriminierender Gesetze.

**PREIS FÜR AFGHANISCHE AKTIVISTIN.** Auch wird jedes Jahr während der CSW von dem NGO Committee on the Status of Women eine Frau ausgezeichnet, die eine Führungsrolle im Kampf für Frauen- und Menschenrechte einnimmt. Im März erhielt die afghanische Aktivistin Gharsanay IbnulAmeen diese Auszeichnung, mit 22 Jahren die bisher jüngste Preisträgerin. Sie setzt sich besonders für den Zugang zu Bildung für Mädchen in Afghanistan ein, unter anderem als Mitbegründerin der Grassroots-Organisation ‚Afghan Girls Sustainable Education Project‘. Zuletzt hat sie sogar mit der afghanischen Regierung zusammengearbeitet und für ihre außergewöhnliche Arbeit bereits einige Auszeichnungen erhalten.

**EIN ERGEBNIS, TROTZ ZÄHER VERHANDLUNGEN.** Im Mittelpunkt steht die Debatte um das Abschlussdokument der CSW. Die Verhandlungen haben sich dieses Jahr jedoch ziemlich

schwierig gestaltet. In der Kritik stand beispielsweise die Teilnahme von Saudi-Arabien; einem Staat, in dem Frauen sich in ihren Rechten täglich stark eingeschränkt und bevormundet sehen. Leider nimmt insgesamt der allgemeine Zuspruch für Menschenrechtsschutz bekanntlich weltweit ab, auch im Bereich des Frauenrechtsschutzes. Hier stellt sich seit einigen Jahren die Frage für einige Länderdelegationen, ob es überhaupt sinnvoller ist, ein schwächeres (und im schlimmsten Fall rückschrittliches) Abschlussdokument zu verabschieden, als keine Einigung zu erzielen.

Vor diesem Dilemma stand beispielsweise die deutsche Delegation dieses Jahr, als die USA auf ihrer Ablehnung gegenüber der Stärkung reproduktiver Rechte der Frau beharrten. Stark unterstützt wurde die USA während der Verhandlungen von der ‚Pro Life Lobby‘. Ist es da nicht doch besser, die eigenen klaren Linien nicht zu kompromittieren? Zumindest konnten sich die deutsche und österreichische Delegation auf starken Rückhalt innerhalb der EU verlassen. Und eine internationale Einigung wurde letztlich auch erzielt. Nun bleibt abzuwarten, wie sich der Trend in den nächsten Jahren weiterentwickelt – und wie sichergestellt wird, dass unser Fortschritt und unsere Erfolge im Bereich der Frauenrechte sich nicht gefährdet sehen.

**DAS FAZIT:** Wir müssen aktiven Widerstand gegen rückschrittliche Frauenpolitik leisten, so auch UN Women Exekutivdirektorin Phumzile Mlambo-Ngcuka in ihrem Aufruf: „Push back against the pushback.“



# „IHR ZUHAUSE IST MEIN GEFÄNGNIS“

© Tercer Plazo for Amnesty International

## **LIBANON. Ausländische Arbeiterinnen in Privathaushalten sind völlig rechtlos. Sie werden systematisch ausgebeutet.**

Der neue Amnesty-Bericht „Their House is my Prison“ über die Ausbeutung von Hausangestellten im Libanon wirft ein Licht auf die schweren Menschenrechtsverletzungen, denen viele der 250.000 Hausangestellten mit Migrationshintergrund, meist Frauen, durch ihre Arbeitgeber\*innen ausgesetzt sind. Trotz jahrelanger Aufrufe von Menschenrechtsorganisationen, das Kafala-System zu beenden, haben es frühere libanesische Regierungen versäumt, Ausbeutung und Misshandlungen wirksam anzugehen oder den Opfern Hilfe zu leisten. Das Kafala-System: Wanderarbeitskräfte kommen aus afrikanischen und asiatischen Ländern wie Äthiopien, Bangladesch, Sri Lanka, den Philippinen und Kenia, um in privaten Haushalten im Libanon zu leben und zu arbeiten. Alle diese Arbeitnehmer\*innen sind vom libanesischen Arbeitsgesetz ausgeschlossen und unterliegen stattdessen dem Kafala-System, das den rechtmäßigen Wohnsitz der Arbeitnehmer\*innen mit dem Vertragsverhältnis mit den Arbeitgeber\*innen verbindet. Die Angestellten können ihren Arbeitsplatz nicht ohne die Erlaubnis der Arbeitgeber\*innen wechseln. Dies ermöglicht skrupellosen Arbeitgeber\*innen, die Arbeitnehmer\*innen zu zwingen, ausbeuterische Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

**VERHAFTET ODER ABGESCHOBEN.** Verweigert eine zugewanderte Hausangestellte diese Bedingungen und beschließt, das Haus des Arbeitgebers ohne dessen Zustimmung zu verlassen, riskiert sie, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren und würde dadurch jederzeit dem Risiko der

Inhaftierung und Abschiebung ausgesetzt sein. „Es ist empörend, dass die bisherigen libanesischen Regierungen die Augen vor den Missständen verschlossen haben, denen ausländische Hausangestellte an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Unter Kafala haben sich private Haushalte in vielen Fällen zu kaum mehr als Gefängnissen für Arbeiter\*innen entwickelt, die oft mit atemberaubender Verachtung oder völliger Grausamkeit behandelt werden“, sagte Heba Morayef, Direktorin für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International. Die neue Regierung des Libanon muss die Gelegenheit nutzen, das Kafala-System zu beenden, das Hausangestellte in einem alptraumhaften Netz gefangen hat, das von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen über Zwangsarbeit bis hin zu Menschenhandel reicht, sagte Amnesty International und startete Ende April eine neue Kampagne für Arbeitsmigrant\*innen.

**POSITIVE SIGNALE.** Der neue libanesische Arbeitsminister hat sich öffentlich und auch direkt gegenüber Amnesty International verpflichtet, konkrete Maßnahmen zum Schutz der Rechte von ausländischen Hausangestellten zu ergreifen. Die neue Regierung hat die Chance, sich von der Vergangenheit zu distanzieren und der Beendigung des inhärent missbräuchlichen Kafala-Systems Priorität einzuräumen. Amnesty International befragte 32 Hausangestellte sowie Diplomaten\*innen, Arbeitgeber, Personalvermittler\*innen, Migrantinnenaktivist\*innen und NGOs, die sich mit den Rechten von Migrant\*innen im Libanon befassen. Amnesty traf sich mit dem Arbeitsminister und teilte an-

**SETZ DICH EIN!**  
Auf der Website des Amnesty-Netzwerks Flucht & Migration findest du eine Online-Petition für den Schutz von Arbeitsmigrantinnen im Libanon:  
[flucht-migration.amnesty.at](http://flucht-migration.amnesty.at)

schließlich ihre Ergebnisse und Empfehlungen mit dem Ministerium für Arbeit und Inneres. Arbeitsminister Camille Abousleiman antwortete positiv und betonte, dass das Ministerium einen Gesetzentwurf über den Schutz von Hausangestellten ausgearbeitet habe, der die Umsetzung mehrerer der im Bericht enthaltenen Empfehlungen versprach und Amnesty International einlud, sich einer Task Force zur Reform des Kafala-Systems anzuschließen. Der Minister bat Amnesty International auch, „dem Ministerium eine Liste von Verstößen zur Verfügung zu stellen, damit es sofort handeln kann“, und stimmte darin überein, dass es eine Rechenschaftspflicht für Personalvermittler geben müsse, die die Rechte von Wanderarbeitnehmerinnen missbrauchen.

Die von Amnesty International befragten Frauen hatten ihre Arbeitgeber\*innen aus Angst vor Verhaftungen oder anderen Repressalien nicht bei den Behörden gemeldet oder angezeigt, wobei sie die derzeitigen Hindernisse für den Zugang von Hausangestellten zu Gerichten im Libanon und die dringende Notwendigkeit für die Behörden, ihren gesetzlichen Schutz zu gewährleisten, hervorhoben.

**AUSBEUTERISCHE ARBEITSBEDINGUNGEN.** Die von Amnesty International befragten Hausarbeiterinnen wurden von ihren Arbeitgeber\*innen regelrecht ausgebeutet. Sie wurden zu langen Arbeitszeiten gezwungen, ihnen wurden freie Tage verweigert, ihr Gehalt wurde gar nicht oder nicht in vollem Ausmaß bezahlt. Ihre Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit war stark eingeschränkt, Essen und Unterkunft waren unzulänglich. Manche wurden beschimpft, körperlich misshandelt und ihnen wurde die Gesundheitsversorgung verweigert.

„Eva“, eine Hausangestellte von den Philippinen, deren Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird, erzählte Amnesty International, dass sie drei Jahre lang im Haus ihres Arbeitgebers isoliert war, bevor sie entkommen

konnte: „Ich durfte mit niemandem reden. Wenn ich das Fenster öffnete und anderen Filipinas zuwinkte, riss sie [Arbeitgeberin] mich an meinen Haaren und schlug mich. Drei Jahre lang hat sie mich im Haus eingesperrt. Ich bin nie rausgekommen.“

„Mary“ (Name geändert), eine äthiopische Hausangestellte, sagte Amnesty, dass sie jeden Tag von 5 bis 24 Uhr 19 Stunden lang arbeitete, sieben Tage die Woche ohne Pause oder einen freien Tag.

**SELBSTMORDVERSUCHE AUS VERZWEIFLUNG.** Mindestens sechs Frauen erzählten Amnesty International, dass ihre Arbeitsbedingungen zu Selbstmordgedanken geführt hätten oder dass sie Selbstmordversuche unternommen hätten. Viele Frauen, die von Amnesty International befragt wurden, berichteten, dass sie mindestens einmal einer erniedrigenden und entmenslichenden Behandlung durch ihre Arbeitgeber\*innen ausgesetzt waren. Die Bezeichnung „Esel“, „Hündin“, „Tier“ und andere abfällige Namen seien ein häufiges Phänomen, sagten sie.

In den schwerwiegendsten Fällen von Ausbeutung von Arbeitskräften, die im Bericht dokumentiert sind, fand Amnesty International Beweise dafür, dass vier Arbeiterinnen Opfer von Menschenhandel geworden waren.

**DRINGEND REFORMEN ERFORDERLICH.** Das Kafala-System ist unvereinbar mit den nationalen Gesetzen, die die Freiheiten und die Würde des Menschen schützen, die Rechte der Arbeitnehmer\*innen schützen und Zwangsarbeit und Menschenhandel kriminalisieren. Sie steht auch im direkten Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Libanon. Amnesty International fordert die libanesischen Behörden auf, das Kafala-System zu beenden und den Arbeitsschutz auf ausländische Hausangestellte auszudehnen.

*„Sechs Monate lang habe ich umsonst gearbeitet. Der Besitzer der Personalvermittlung verschenkte mich: einmal der Familie der Verlobten seines Sohnes, ein anderes Mal der Familie seiner Tochter und der Familie ihres Mannes... Es ist wie im Gefängnis zu leben.“*

Banchi, Hausarbeiterin aus Äthiopien

# WENN SIE SIE HABEN KÖNNEN, WARUM WIR NICHT?

**DOMINIKANISCHE REPUBLIK. Sexarbeiterinnen erleben erschreckend oft Gewalt und Beschimpfungen durch die Polizei oder werden willkürlich festgenommen.**

Die Polizei in der Dominikanischen Republik vergewaltigt, schlägt, erniedrigt und missbraucht Sexarbeiterinnen routinemäßig, um soziale Kontrolle über sie auszuüben und sie für die Überschreitung sozialer Normen akzeptabler Weiblichkeit und Sexualität zu bestrafen, sagte Amnesty International in einem im April veröffentlichten Bericht.

*If They Can Have Her Why Can't We?* (Wenn sie sie haben können, warum können wir nicht?), beschreibt die Geschichten von 46 dominikanischen Sexarbeiterinnen, von denen viele berichteten, verschiedene Formen der Gewalt erlebt zu haben, meist geschlechtsspezifische Folter und andere Misshandlungen. Der kriminalisierte Status von Sexarbeiterinnen in Verbindung mit einem tiefgreifenden Machismo führt zu willkürlichen Inhaftierungen durch die Polizei und ermöglicht diese schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen ungestraft.

„**GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT** ist in ganz Lateinamerika und der Karibik eine Epidemie, bei der Sexarbeiterinnen besonders von Staatsbeamten und anderen Einzelpersonen bedroht werden“, weiß Erika Guevara-Rosas, Direktorin von Amerika bei Amnesty International. „Die erschütternden Zeug\*innenaussagen von Amnesty International aus der Dominikanischen Republik zeigen, dass die Polizei regelmäßig sexuellen Missbrauch und Erniedrigung gegen Frauen\* verübt, die Sex verkaufen, um sie zu bestrafen und zu diskriminieren. Nach internationalem Recht kann eine solche Behandlung geschlechtsspezifische Folter und andere Misshandlungen bedeuten. „In der Dominikanischen Republik erhielt die Generalstaatsanwaltschaft allein im Jahr 2018 über 71.000 Berichte über geschlechtsspezifische und familiäre Gewalt sowie über 6.300 Berichte über Sexualdelikte, darunter 1.290 Berichte über Vergewal-

tigungen. Das Land hat auch eine der höchsten Femizidraten in der Region, mit mehr als 100 Fällen im Jahr 2017, laut UN-Observatorium für Gleichstellung der Geschlechter für Lateinamerika und die Karibik. 2006 wurden 47 Transgender-Frauen getötet, so die von Trans\* geleitete NGO Trans Siempre Amigas (TRANSSA).

**AN DIE 100.000 SEXARBEITERINNEN.** Expert\*innen für öffentliche Gesundheit schätzen, dass es in der Dominikanischen Republik 97.000 weibliche Sexarbeiterinnen und mindestens 3.900 transsexuelle Frauen gibt, von denen viele Sexarbeit leisten.

Ungefähr die Hälfte der von Amnesty International befragten Frauen waren Cisgender-Frauen und die andere Hälfte waren Transgender-Frauen. Die Frauen hatten sich aus verschiedenen Gründen für Sexarbeit entschieden. Für einige bot sie Flexibilität und Kontrolle über ihre Arbeitszeit oder höhere Löhne im Vergleich zu anderen Alternativen und gab ihnen finanzielle Unabhängigkeit. Für andere war Sexarbeit eine der eingeschränkten Möglichkeiten, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Mindestens 10 der 24 für diesen Bericht befragten Cisgender-Frauen erklärten, Polizeibeamte hätten sie vergewaltigt, oft mit vorgehaltener Waffe. Die meisten Transgender-Frauen hatten auch diskriminierende und gewalttätige Handlungen (üblicherweise auf ihre Geschlechtsidentität ausgerichtet) durch die Polizei erlebt, die Folter oder andere Misshandlungen gleichkommen könnten.

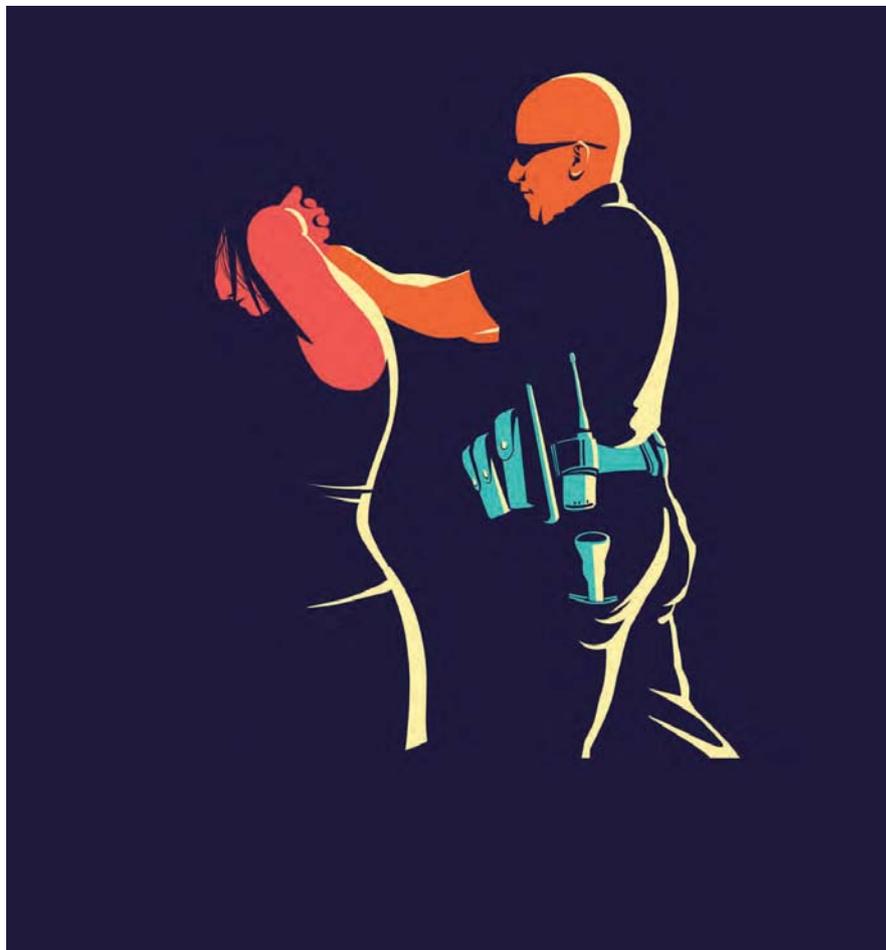
Amnesty International interviewte mehrere Frauen, die beschrieben, dass sie unter ähnlichen Umständen von bewaffneten und uniformierten Polizeibeamten vergewaltigt worden waren - spät in der Nacht an dunklen Straßenecken, oft hinter Polizeifahrzeugen.

Eine Frau erzählte Amnesty International, wie

**SETZ DICH EIN!**  
Auf der Website des  
Amnesty-Netzwerks  
Frauenrechte findest du  
eine Online-Petition für den  
Schutz von Sex-  
arbeiterinnen in der  
Dominikanischen Republik:  
[frauenrechte.at](https://www.frauenrechte.at)

sie eines Nachts im Oktober 2017 vergewaltigt wurde. „Es waren drei. Ich war an einer Ecke und wartete auf Kunden ... und sie haben mich missbraucht“, sagte sie. „Sie haben mich in den (Polizei-) Wagen gezogen... Sie haben gesehen, dass die Gegend leer ist... Sie begannen, mich zu betatschen und meine Kleider auszuziehen. Sie zerrissen meine Bluse... Einer nach dem anderen. Ich hatte Angst. Ich war alleine. Ich konnte mich nicht verteidigen. Ich musste sie mit mir machen lassen, was sie wollten ... Sie drohten mir, dass sie mich töten würden, wenn ich nicht bei ihnen wäre. Sie (sagten), dass ich eine Hure sei, und warum also nicht mit ihnen?“

**NOCH HÖHERES RISIKO FÜR TRANSFRAUEN.** Der Bericht beschreibt auch, dass Sexarbeiterinnen, die mit mehrfach diskriminierten Identitäten - wie etwa Transgender-Frauen - leben, noch stärker ausgegrenzt werden und einem größeren Risiko der Folter durch den Staat und Einzelpersonen ausgesetzt sind. Transgender-Frauen gaben an, dass sie von Polizeibeamten „Tunte“ und „Teufel“ genannt wurden und sagten, sie glaubten, dass sie als Aliens oder Tiere gesehen werden. Mehrere Transgender-Frauen berichteten, dass die Polizei ihre Perücken verbrannt hatte oder sie zwang, die mit Exkrementen bedeckten Gefängniszellen zu reinigen, um sie zu bestrafen. Straffreiheit für sexuelle Folter ist typisch. Die Dominikanische Republik sammelt keine Daten, anhand deren der Umfang und die Schwere des Problems geschlechtsspezifischer Folter und Misshandlungen durch die Polizei ermittelt werden könnten. Dies ist ein wesentlicher Schritt, um die Täter zu bekämpfen um sie für die schwere Gewalt verantwortlich machen zu können. Diese Straffreiheit fördert die Normalisierung solcher Straftaten durch die Behörden



und in einigen Fällen auch durch die Opfer selbst.

Beschwerden von Sexarbeiterinnen werden von den Behörden selten ernst genommen. Eine Frau sagte zu Amnesty International: „Wenn du zur Polizei gehst, um eine Beschwerde einzureichen, behandeln Sie dich wie eine Hure. Sie ignorieren dich. Sie schenken dir keine Aufmerksamkeit.“

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Dominikanische Republik Schritte unternommen, um die gleichzeitig bestehenden Epidemien von Gewalt gegen Frauen sowie von HIV und AIDS zu bekämpfen, die beide Sexarbeiterinnen überproportional beeinflussen. Sie hat jedoch nicht auf die Bedürfnisse und den Schutz der Rechte von Sexarbeiterinnen Rücksicht genommen und die dringend erforderlichen Rechtsreformen durchgeführt, um die zugrunde liegenden Ursachen von Stigmatisierung und Diskriminierung gegen sie anzugehen.

**AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT** den Dominikanischen Präsidenten Danilo Medina dazu auf, die Anwendung von Vergewaltigung und anderen Formen geschlechtsspezifischer Folter und Misshandlungen durch die Polizei öffentlich zu verurteilen. Die Generalstaatsanwaltschaft sollte ein Prozedere zur Untersuchung potenzieller Fälle dieser Art erarbeiten.

*Möchtest du unseren EMail-Newsletter mit aktuellen Appellfällen, Berichten und Veranstaltungshinweisen erhalten? Melde dich bitte an bei [frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at) oder auf unserer Website [frauenrechte.amnesty.at](http://frauenrechte.amnesty.at)*

# DAS TRAUMA 25 JAHRE NACH DEM GENOZID

**RUANDA. Godeliève Mukasarasi hilft überlebenden Frauen und Waisen noch ein Vierteljahrhundert nach dem Genozid beim Heilungsprozess.**

Von Flora Bachmann, Netzwerk  
Frauenrechte

25 Jahre sind seit dem Genozid in Ruanda vergangen. Doch was genau ist 1994 passiert, wie wurde den Opfern Gerechtigkeit verschafft und welche Rolle spielt Godeliève Mukasarasi in diesem Heilungsprozess?

Am 26. März konnte ich an einem von WIDE (Women in Development Europe) organisierten Gespräch mit Godeliève Mukasarasi teilnehmen und Einzelheiten über den Genozid und der von ihr daraufhin gegründeten Organisation SEVOTA erfahren.



**Godeliève Mukasarasi**  
© WikiCommons

Godeliève Mukasarasi ist Sozialarbeiterin, Überlebende des Genozids, Gründerin von SEVOTA und Aktivistin.

Ruanda, 6. April 1994: Ein Flugzeug - an Bord Ruandas Präsident Juvénal Habyarimana und Burundis Präsident Cyprien Ntaryamira – wurde über Kigali, der Hauptstadt von Ruanda, abgeschossen. Dies war der „Startschuss“ eines dreimonatigen Genozids in Ruanda. Hutu Politiker\*innen und militärische Extre-

mist\*innen organisierten die Ermordung, Folterung und Vergewaltigung von zwei Drittel der Tutsi Bevölkerung in Ruanda. Das entsprach mehr als 800.000 Menschen. Viele der Hutu, die versuchten Tutsi zu verstecken, fielen dem Morden dennoch zum Opfer.

**KAMPAGNE DER DÄMONISIERUNG.** Angefacht wurde das Ganze von einer Kampagne, die die Angehörigen der Tutsi-Minderheit dämonisierte und zum Hass und Mord anstiftete. Der Ge-

nozid begann zwar mit dem 6. April 1994, doch war er laut Joan Nyanyuki (Amnesty International Regionaldirektorin für Ostafrika, das Horn und die Großen Seen) schon lange davor geplant: „Jahrelang fachten Hutu-Anführer und Hardliner die Flammen der bestehenden ethnischen Spannungen in einem Muster an, das auf der ganzen Welt allzu vertraut geworden ist – das Darstellen einer Gruppe in der Gesellschaft als Sündenbock durch eine andere.“ Anstatt einzuschreiten, stand die internationale Gemeinschaft tatenlos dabei und ließ den Völkermord geschehen.

**DAS VERSAGEN DES UN SICHERHEITSRATS.** Nachdem der Genozid schon zwei Wochen im Gange war, ließ der UN-Sicherheitsrat sogar die Anzahl der Friedenssoldaten in Ruanda reduzieren. Erst Mitte Juli 1994 übernahm Ruandas Patriotische Front (RPF) die Macht im Land und endete den Genozid. Die RPF ist eine Tutsi Rebellen Gruppe, die ihren Sitz in Uganda hat. Nachdem sie den Genozid beendet hatte, tötete sie als Antwort auf den Völkermord Tausende der Hutu. Anschließend begann die RPF das Land wiederaufzubauen und versuchte, den Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen.

Jetzt, 25 Jahre nach dem Völkermord, wurde eine signifikante Anzahl der Menschen, die für den Genozid verantwortlich waren (unter ihnen auch hochrangige Regierungsbeamte\*innen), zur Verantwortung gezogen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schuf 1994 einen internationalen Strafgerichtshof für Ruanda. Der Gerichtshof klagte 93 Personen an, verurteilte und überführte 61 und sprach 14 frei. Es wurden jedoch nur eine kleine Anzahl an Fällen vor den Gerichtshof gebracht, Straftaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die RPF ausführ-

te, wurden nicht belangt. Am 31. Dezember 2015 wurde der Strafgerichtshof formal geschlossen. Das Justizsystem in Ruanda hat eine große Anzahl an Verdächtigen wegen Völkermordes vor Gericht gestellt. Diese sogenannten Gemeinschaftsgerichte, bekannt als Gacaca-Jurisdiktionen, haben mehr als zwei Millionen Menschen nach dem Völkermord verurteilt.

**MÄNNER GETÖTET, FRAUEN VERGEWALTIGT.** Godeliève Mukasarasi erzählte mir, dass es nach dem Genozid sehr viele Witwen und Waisen (hauptsächlich Mädchen) gab. Tutsi-Männer wurden umgebracht. Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt. Überlebende von sexueller Gewalt gehören zu den am schlimmsten Traumatisierten des Genozids. Daraufhin gründete Godeliève am 28. September 1994 SEVOTA, eine Organisation, die Frauen und Waisen helfen soll, dieses Trauma zu überwinden.

SEVOTA begann damit, Frauen zu ermutigen, Gruppen – sogenannte Foren – zu bilden. Die Gruppenmitglieder sollten sich gegenseitig unterstützen – etwa bei der Arbeit auf den Feldern und in den Familien. Am wichtigsten war jedoch das Reden. Die Frauen hatten ein Trauma überlebt und sollten sich gegenseitig helfen, dies zu verarbeiten, mit dem Trauma leben zu lernen, sich gegenseitig ihre Rechte zu erklären und zu lernen, in die Zukunft zu blicken. Da die Überlebenden des Genozids auch psychosoziale Unterstützung brauchen, hat sich SEVOTA professionelle Unterstützung von Medica Mondiale (deutsche Frauenrechtsorganisation) geholt. Medica Mondiale hilft SEVOTA bei der psychologischen, medizinischen, sozialen und Rechtsberatung bzw. Rechtsvertretung.

Ein Forum verläuft über zwei Jahre, in denen



acht Sitzungen zu jeweils zwei Tagen stattfinden. In Zusammenarbeit mit einer Psychologin aus Salzburg wurde ein Handbuch erarbeitet, das durch diese Treffen führt.

**LERNEN, SICH SELBST ZU AKZEPTIEREN.** Frauen, die Gewalt erfahren haben, müssen wieder lernen, sich selbst wertzuschätzen und zu akzeptieren. Viele der SEVOTA Frauen haben Kinder, die sie nach einer Vergewaltigung bekamen. SEVOTA hilft ihnen, die Beziehung zu den Kindern zu verbessern. Auch die Beziehung ihrer Kinder zur Gemeinschaft und zu ihren Vätern (viele Frauen heirateten nach dem Genozid wieder) musste verbessert werden, da die Kinder von der Gemeinschaft diskriminiert und nicht akzeptiert wurden. Daraufhin forderten die Mütter, dass auch mit ihren Kindern gearbeitet wird. Also begann SEVOTA Treffen für Kinder zu organisieren. Die Treffen fanden an fünf aufeinander folgenden Tagen statt. Auch hier hilft ein Handbuch bei der Organisation der Treffen. Die Krise der Mütter wirkt sich auf die Kinder aus. Zudem werden sie von der Gesellschaft und oft auch von der eigenen Familie diskriminiert. In den Gruppen lernen sie unter anderem den Umgang mit dem Hass der Familie und auch dem eigenen Hass. SEVOTA geht auch oft nach Hause zu den Familien und hilft bei der Versöhnung. In verschiedenen Dörfern wurden sogenannte Friedensclubs gebildet, in denen alle Jugendlichen des Dorfes willkommen sind. Gemeinsam werden zum Beispiel Veranstaltungen organisiert. Diese Friedensclubs sollen helfen, das Stigma abzubauen und der Diskriminierung entgegenzutreten.

Bis dato wurden 16 Foren mit circa 279 Überlebenden des Genozids gebildet. In ins-

**Frauen bei einem „Forum“ in Kigali, bei dem sie Stärkung und Unterstützung erhalten.**

© sevota.org

## RUANDA. DAS TRAUMA 25 JAHRE NACH DEM GENOZID

gesamt 105 Foren mit circa 2.000 Frauen ging es um die Stärkung ihrer Rechte und dem Kampf gegen Armut. 204 Kinder waren in Gruppen bzw. sind auch derzeit noch in Gruppen, 24 Jugendliche erhielten sogar Stipendien für Studien.

1994 wurde Vergewaltigung in Ruanda gesetzlich mit dem Ziegenraub gleichgestellt. Frauen von SEVOTA begannen mit Politiker\*innen zu sprechen und sie zu bitten, dies zu ändern. Sie gehörten zu den Ersten, die vor Gericht ausgesagt haben. Dies hatte zur Folge, dass Vergewaltigung zum ersten Mal als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfasst wurde. Die meisten ihrer Täter bekamen lebenslänglich – was in Ruanda bedeutet, auch tatsächlich das ganze Leben lang hinter Gittern zu sein.

Auch in Ruanda hat sich auf nationaler Ebene einiges geändert: Es wurde ein nationaler Frauenrat eingerichtet, eine Affirmative Action Quote von 30 Prozent, eine nationale Kommission hat eine Studie zum Genozid beauftragt (speziell zu den Jugendlichen). Des Weiteren sitzen aktuell im Parlament 64 Prozent Frauen.

Für ihre Arbeit in Ruanda wurde Godeliève Mukasarasi mit mehreren Auszeichnungen geehrt – unter ihnen der John Humpfrey Freedom Award (2004) und die Internationale Auszeichnung für mutige Frauen (International Women of Courage: IWOC) 2018. Am 28. September wird SEVOTA 25 Jahre alt. Wir wünschen alles Gute für die weitere Arbeit. Das Verarbeiten eines Traumas endet nie. Es ist ein stetiger Prozess.

## URTEIL GEGEN SHELL: EIN WICHTIGER SCHRITT ZUR GERECHTIGKEIT



Das Bezirksgericht Den Haag hat Anfang Mai ein Zwischenurteil in dem von Esther Kiobel und drei weiteren Frauen angestregten Verfahren wegen der Beteiligung von Shell an der rechtswidrigen Festnahme, Inhaftierung und Hinrichtung ihrer Ehemänner durch das nigerianische Militär erlassen. Das Gericht entschied zugunsten der Klägerinnen, dass es für den Fall juristisch zuständig ist und keine Verjährung zur Anwendung kommen soll.

Außerdem muss Shell den Rechtsbeiständen der Klägerinnen mehrere vertrauliche interne Dokumente zur Verfügung stellen und diese die Gelegenheit zur Zeugenvernehmung erhalten. Mark Dummett, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei

Amnesty International, sagte dazu: „Diese Entscheidung ist ein wichtiger Schritt zur Gerechtigkeit für Esther Kiobel und die anderen Klägerinnen. Sie ist auch ein wichtiger Präzedenzfall für andere Opfer weltweit, die versuchen, mächtige Konzerne zur Rechenschaft zu ziehen, und die für den Zugang zur Justiz kämpfen. Wir beglückwünschen Esther Kiobel, Victoria Bera, Blessing Eawo und Charity Levula. Nur wegen ihres Muts und ihrer Ausdauer konnten wir so weit kommen.“

Amnesty International begrüßte die Entscheidung des Gerichts, die Herausgabe einiger interner Dokumente durch Shell anzuordnen, äußerte jedoch Enttäuschung darüber, dass dies nicht für alle Dokumente gilt, die von den Rechtsbeiständen Esther Kiobels eingefordert wurden.

**SHELL WIRD BESCHULDIGT**, in den 1990er Jahren aktiv zu einer Fülle von schweren Menschenrechtsverletzungen der nigerianischen Regierung an den Ogoni beigetragen zu haben. Esther Kiobel, Victoria Bera, Blessing Eawo und Charity Levula haben Shell verklagt, weil der Konzern ihrer Ansicht nach eine Rolle bei der rechtswidrigen Festnahme, Inhaftierung und Hinrichtung ihrer Ehemänner durch das nigerianische Militär gespielt hat, nachdem Proteste der Ogoni gegen Shells verheerende Umweltverschmutzung in der Region brutal niedergeschlagen worden waren.

# MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN BEDROHT

**PHILIPPINEN. Cristina Palabay vom Bündnis für Menschenrechte Karapatan erhielt am 22. April eine Morddrohung. Nur Stunden zuvor war das Karapatan-Mitglied Bernardino Patigas erschossen worden.**

Cristina Palabay ist die Generalsekretärin der Organisation Karapatan, einem Zusammenschluss mehrerer Menschenrechtsgruppen und einzelner Menschenrechtsverteidiger\*innen. Am 22. April erhielt sie eine Textnachricht mit unbekanntem Absender, in der angekündigt wurde, dass sie und mehrere andere Menschenrechtsverteidiger\*innen in diesem Jahr ermordet werden sollen.

**AUF DER „ABSCHUSSLISTE“.** Diese Drohung ist besonders deshalb alarmierend, weil nur wenige Stunden zuvor der Menschenrechtsverteidiger Bernardino Patigas in der Stadt Escalante in der Provinz Negros Occidental erschossen wurde. Die Ermordung von Bernardino Patigas und die Drohungen gegen Cristina Palabay und weitere Menschenrechtsverteidiger\*innen sind Teil eines scheinbar immer brutaleren Vorgehens gegen Menschenrechtler\*innen und politische Aktivist\*innen auf den Philippinen.

Bernardino Patigas ist bereits der zweite Menschenrechtsverteidiger auf einer 2018 von Unbekannten in Negros Occidental verbreiteten „Abschussliste“, der daraufhin ermordet wurde. Philippinischen Medien zufolge wurde die Öffentlichkeit auf dieser Liste dazu aufgefordert, den Aufenthaltsort der genannten Personen durch Anruf einer bestimmten Telefonnummer bekanntzugeben. Dies bringt die Betroffenen in Lebensgefahr. Auch der im November 2018 ermordete Menschenrechtsanwalt Benjamin Ramos stand auf dieser Liste. Dutzende weitere Menschenrechtsaktivist\*innen, unter ihnen auch Umweltschützer\*innen, sind laut Berichten von Medien und Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland ebenfalls seit Juni 2016

ermordet worden. All dies verdeutlicht, in welcher großen Lebensgefahr sich Cristina Palabay und andere Aktivist\*innen befinden. Laut Angaben von Karapatan sind seit der Amtsübernahme von Präsident Rodrigo Duterte im Juli 2016 mindestens 50 Landarbeiter\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen in der Negros-Region getötet worden. Zu ihnen zählt auch Bernardino Patigas, der am 22. April 2019 erschossen wurde, als er eine Wahlveranstaltung in Escalante City in Negros Occidental verließ, bei der er für seine Wiederwahl als Stadtrat warb. Bernardino Patigas war der Gründer und Generalsekretär des Bündnisses der Menschenrechtsverteidiger\*innen in Nord-Negros, eine Mitgliedsorganisation des Menschenrechtsbündnisses Karapatan.

**VON DER REGIERUNG VERLEUMDET.** Menschenrechtsorganisationen auf den Philippinen, darunter auch Karapatan, sind Ziele von Verleumdungskampagnen und werden von der Regierung als Organisationen der Kommunistischen Partei der Philippinen diffamiert. Diese Darstellung und die zunehmenden Drohungen von Seiten der Regierung hat dazu geführt, dass sie von Unbekannten schikaniert, angegriffen und sogar ermordet werden. Viele der Organisationen, denen die Regierung Verbindungen zu kommunistischen Gruppen unterstellt, kritisieren den Anti-Drogenkrieg der Duterte-Regierung. Im Zuge dieser Drogenpolitik sind bereits Tausende außergerichtliche Hinrichtungen an Menschen verübt worden, denen der Konsum oder Verkauf von Drogen unterstellt wird. Die Getöteten stammen überwiegend aus armen Bevölkerungsschichten.

## SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief an den philippinischen Polizeichef möglichst bis Mitte Juni ab.

*Du möchtest dich für die Menschenrechte einsetzen?*

**KOMM ZUM INTERESSENT\*INNEN-TREFFEN**

*Wir stellen dir die Organisation und Arbeitsweise von Amnesty International vor. Wir präsentieren die verschiedenen Mitarbeitersformen, die Amnesty International Österreich anbietet und versuchen gemeinsam mit dir die ideale Form der Mitarbeit für dich auszuloten.*

**Jeden 1. Dienstag im Monat um 18 Uhr im Amnesty-Büro LERCHENFELDERGÜRTEL 43/E, 1150 WIEN**



# DIES & DAS

**Wenn eine Frau sagt  
„Jeder“, meint sie:  
jedermann.  
Wenn ein Mann sagt  
„Jeder“, meint er:  
jeder Mann.**

Marie von Ebner-Eschenbach,  
1893

**KEINEN MILLIMETER RÜCKSCHRITT BEI DEN REPRODUKTIVEN RECHTEN VON FRAUEN!** So lautet die Forderung einer Petition an die Regierung: „Weltweit werden Rechte von Frauen wieder angegriffen und zurückgedrängt. Auch bei uns in Österreich. Wir fordern die Regierung auf, #KeinenMillimeter Rückschritt zu machen! Weder der Spätabbruch noch die Fristenlösung dürfen eingeschränkt werden. Unser Bündnis bekämpft die gesellschaftliche Verurteilung von Schwangerschaftsabbrüchen und tritt ein für ein Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren und Familien.“

[mein.aufstehn.at/petitions/keinenmillimeter](http://mein.aufstehn.at/petitions/keinenmillimeter)



**FRAUEN ARBEITEN MEHR ALS MÄNNER.** Weltweit werden nach einer aktuellen ILO-Studie (Internationale Arbeitsorganisation) 16,4 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit pro Tag geleistet, drei Viertel davon von Frauen. Zu unbezahlter Arbeit zählen der Haushalt, Pflegen von Angehörigen sowie Vereins- und Wohltätigkeitsarbeit. Innerhalb der EU verbringen Frauen in Finnland am wenigsten Zeit damit: im Schnitt 211 Minuten am Tag. In Litauen sind es dagegen 308 Minuten. Zahlen zu Österreich wurden nicht erwähnt. Mit den Stunden im bezahlten Job sind Frauen noch deutlich stärker belastet: Sie arbeiten im Schnitt 55 Stunden pro Woche, Männer 49.

Quelle: dieSTANDARD

**„TAMPON-BUCH“ SCHLÄGT STEUER EIN SCHNIPPCHEN.** Es gibt gute Gründe, den Mehrwertsteuersatz zu ermäßigen - etwa auf Lebensmittel. Das soll sozial schwächere Haushalte entlasten, die einen größeren Teil ihres Budgets für den täglichen Bedarf ausgeben. Hygieneprodukte wie Damenbinden und Tampons unterliegen dem regulären Mehrwertsteuersatz von 20 Prozent in Österreich, 19 in Deutschland. Dagegen richten sich immer wieder Proteste. In Australien, Irland, Kanada und Kenia haben Aktivistinnen bereits eine Steuerermäßigung durchgesetzt. Das Stuttgarter Startup The Female Company hat einen originellen Weg für eine niedrige Mehrwertsteuer gefunden. Es packt seine Bio-Tampons einfach in ein Buch und muss dafür nur sieben Prozent Mehrwertsteuer abführen. „The Tampon Book“ hat auch noch einen gedruckten Inhalt: Auf 46 Seiten bietet es Informationen zum Thema Menstruation. The Female Company will damit zur Aufklärung und Enttabuisierung beitragen.



© The Female Company

Gefunden auf [www.wownews.at](http://www.wownews.at)

**SCHWEDEN – EIN FEMINISTISCHES LAND.** Im März war Schweden eines der drei führenden Länder (zusammen mit Island und Neuseeland) im Women in Work Index 2019, einer umfassenden Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Frauen in 33 Mitgliedsländern der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Österreich liegt auf dem bescheidenen Platz 25.

2014 war Schweden die erste Regierung, die das Wort „feministisch“ für ihren politischen Ansatz verwendete. Auf ihrer offiziellen Website bezeichnet sie sich selbst als feministisch. Zahlreiche Maßnahmen, wie großzügige Karenzregelungen, Gesetze gegen Gewalt an Frauen und genderneutrale Sprache sollen Frauen und Mädchen stärken. Auch Schwedens feministische Außenpolitik stellt die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der Prioritäten der Regierung - von der Entscheidungsfindung bis zur Ressourcenzuteilung.



© ivp

Absender\*in:

---

---

---

---

Präsident Recep Tayyip Erdoğan  
Cumhurbaşkanlığı Külliyesi  
Beştepe – Ankara  
TÜRKEI

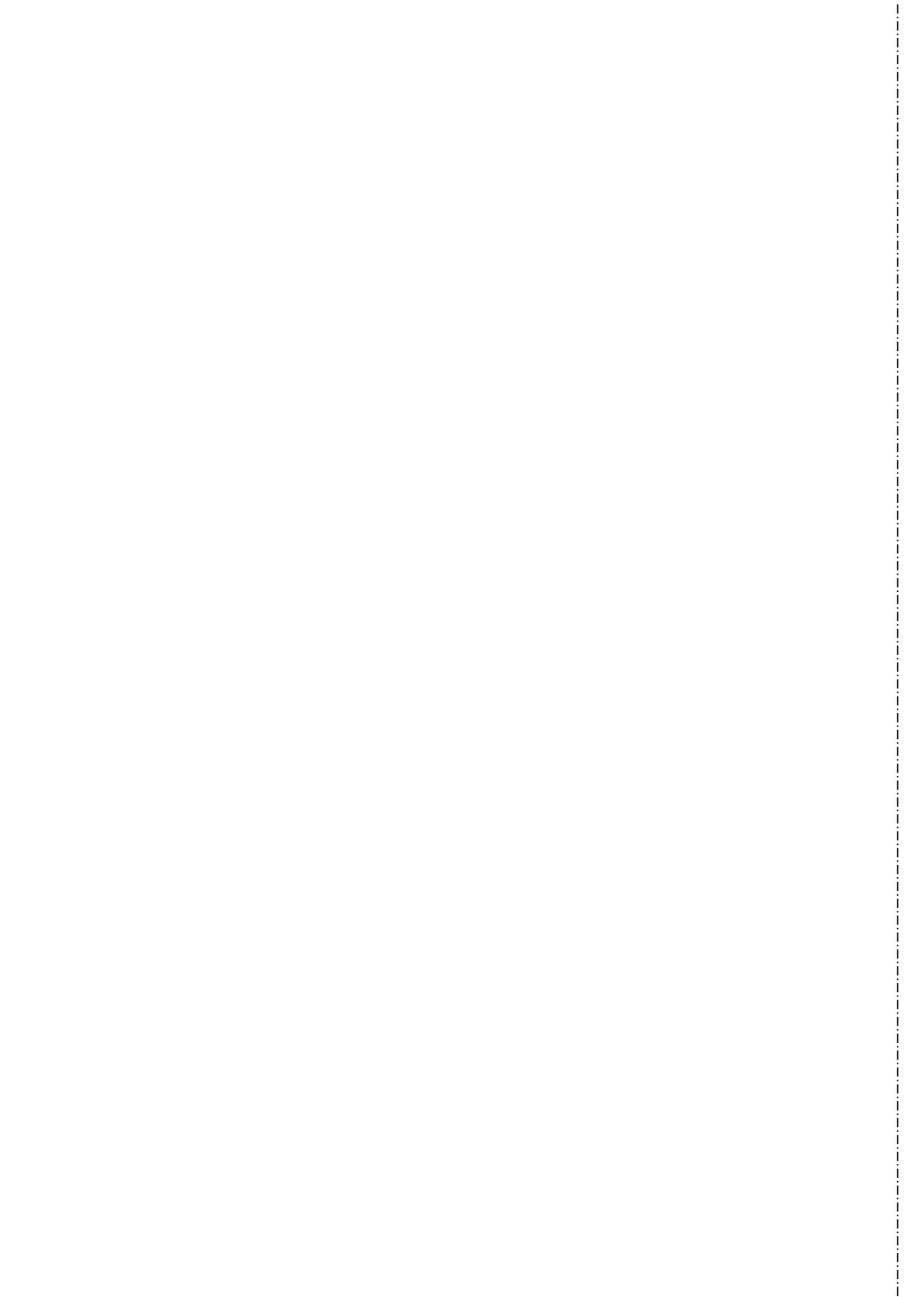
Fax: (0090) 312 525 58 31

Sehr geehrter Herr Präsident,

seit 1995 kamen die sogenannten Samstagsmütter Woche für Woche in Istanbul zusammen und forderten Gerechtigkeit für ihre „verschwundenen“ Angehörigen. Am 25. August 2018 jedoch löste die Polizei den friedlichen Protest der Frauen mit Tränengas, Plastikgeschossen und Wasserwerfern auf. Sie selber haben sich 2011 als Ministerpräsident mit Angehörigen von „Verschwundenen“ getroffen und versprochen, dass ihre Regierung sich des Themas Verschwindenlassen annehmen werde. Nun wollen die Samstagsmütter erneut mit Ihnen sprechen, um ihn an sein Versprechen zu erinnern.

Hiermit bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass die Mahnwache zukünftig ohne rechtswidrige Einschränkungen abgehalten werden kann und dass die Teilnehmenden ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung ausüben können. Bitte nehmen Sie das Gesprächsangebot der Samstagsmütter an und treffen Sie sich mit ihnen.

Mit freundlichen Grüßen



Absender\*in:

---

---

---

---

Oberste Justizautorität  
Ebrahim Raisi  
c/o Permanent Mission of Iran  
to the UN in Geneva  
Chemin du Petit-Saconnex 28  
1209 Geneva  
SCHWEIZ

Dear Mr Raisi,

Nasrin Sotoudeh, a prominent human rights lawyer and women's rights defender who has been arbitrarily detained in Tehran's Evin prison since her arrest on 13 June 2018, faces a total of up to 34 years in prison and 148 lashes in relation to two court cases.

I urge you to release Nasrin Sotoudeh immediately and unconditionally as she is a prisoner of conscience, jailed solely for her peaceful human rights work. Pending her release, please ensure that she has regular contact with her family and a lawyer of her choosing.

I urge you to stop criminalizing the work of women's rights defenders, including those who peacefully protest against forced hijab, and abolish forced hijab laws.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Raisi,

Die bekannte Menschenrechtsanwältin und Frauenrechtsaktivistin Nasrin Sotoudeh wurde am 13. Juni 2018 willkürlich festgenommen und im März 2019 zu 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt.

Lassen Sie Nasrin Sotoudeh bitte unverzüglich und bedingungslos frei, da sie eine gewaltlose politische Gefangene ist und sich nur wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit in Haft befindet.

Sorgen Sie bitte dafür, dass sie bis zu ihrer Freilassung regelmäßigen Kontakt mit ihrer Familie und einem Rechtsbeistand ihrer Wahl aufnehmen kann.

Stellen Sie bitte die Kriminalisierung von Frauenrechtler\*innen ein, einschließlich derjenigen, die gegen die obligatorische Verschleierung protestieren. Unternehmen Sie außerdem Schritte zur Abschaffung des Verschleierungsgesetzes.

Hochachtungsvoll,

Absender\*in:

---

---

---

---

Präsident Isaias Afewerki  
Office of the President  
PO Box 257  
Asmara  
ERITREA

Exzellenz,

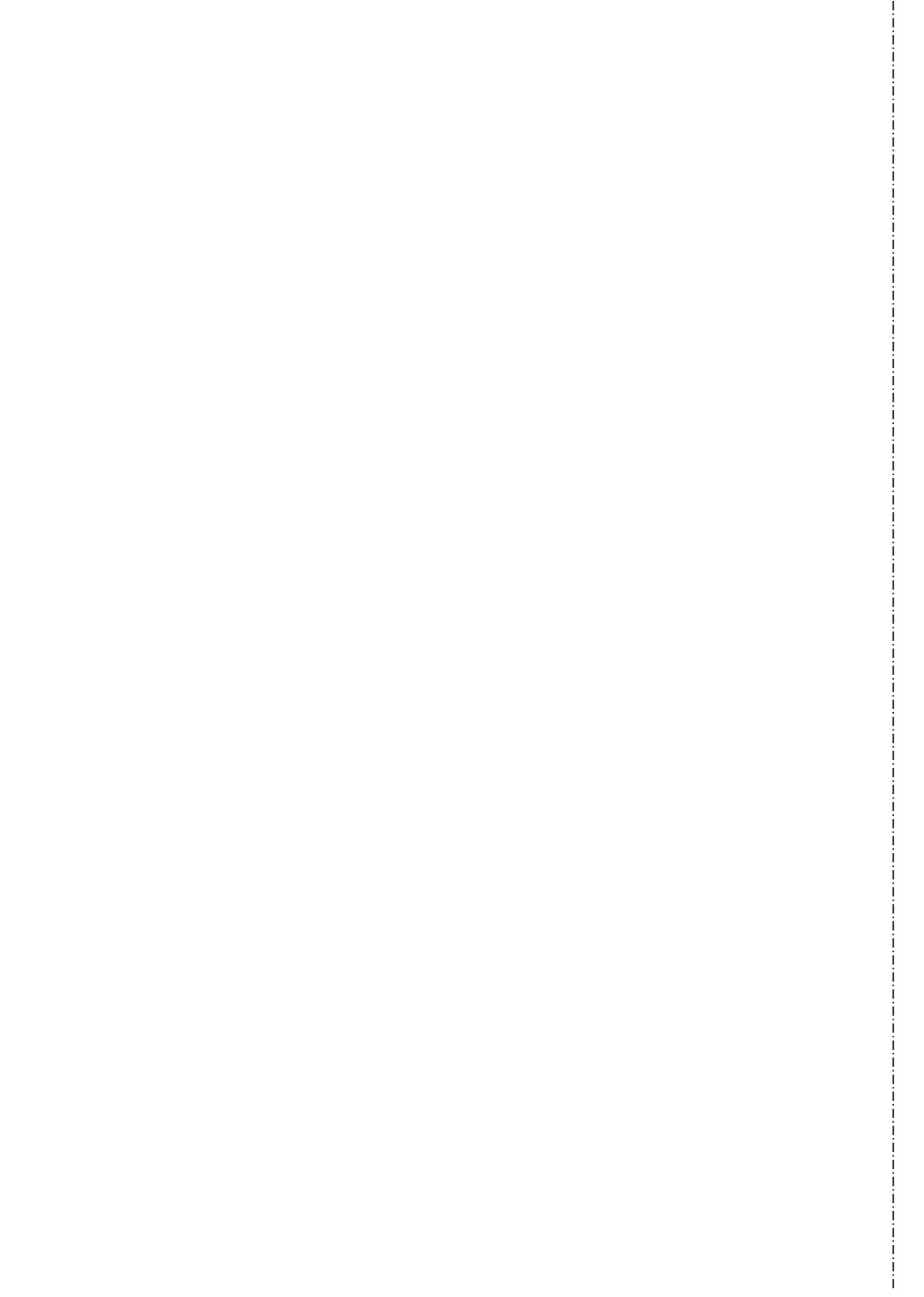
die 22-jährige Ciham Ali Ahmed ist seit ihrem 15. Lebensjahr in Eritrea unter Bedingungen inhaftiert, die dem Verschwindenlassen gleichkommen.

Am 8. Dezember 2012 wurde Ciham Ali Ahmed festgenommen, als sie gemeinsam mit ihrem Onkel versuchte, die Grenze zwischen dem Sudan und Eritrea zu übertreten. Seither wird sie ohne Kontakt zur Außenwelt in geheimer Haft gehalten. Alle, die die Grenze überschreiten, werden in der Regel für etwa vier bis sechs Monate inhaftiert. Doch Ciham Ali Ahmed und ihr Onkel befinden sich mehr als fünf Jahre später immer noch ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt an einem unbekanntem Ort in Haft.

Es wurde nie Anklage gegen Ciham Ali Ahmed erhoben, und auch die Gründe für ihre Festnahme und anhaltende Inhaftierung wurden nie erläutert. Ich befürchte, dass sie in Haft gehalten wird, um sie für mutmaßliche Aktivitäten ihres Vaters zu bestrafen, dem man vorwirft, 2013 an einem Putschversuch in Eritrea beteiligt gewesen zu sein.

Hiermit bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass der Aufenthaltsort von Ciham Ali Ahmed bekanntgegeben und sie umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Ich bitte Sie außerdem, bis zu ihrer Freilassung die Sicherheit von Ciham Ali Ahmed zu garantieren.

Mit freundlichen Grüßen



Absender\*in:

---

---

---

---

Police General Oscar Albayalde  
Chief, Philippine National Police  
National Headquarters Building  
Camp BGen Rafael Crame  
Quezon City 1111  
PHILIPPINEN

Sehr geehrter Herr General,

Cristina Palabay vom philippinischen Bündnis für Menschenrechte Karapatan erhielt am 22. April eine Textnachricht, in der ihr mitgeteilt wurde, dass sie und mehrere andere Menschenrechtsverteidiger\*innen in diesem Jahr ermordet werden sollen. Nur Stunden zuvor war das Karapatan-Mitglied Bernardino Patigas in Escalante City in der Provinz Negros Occidental erschossen worden. Es ist der zweite Mord an einem Menschenrechtler, der auf einer 2018 veröffentlichten „Abschussliste“ stand.

Ich möchte Sie höflich und mit Nachdruck bitten, die Menschenrechtsverteidiger\*innen auf den Philippinen zu schützen.

Insbesondere bitte ich Sie, umgehend eine umfassende, unabhängige und unparteiische Untersuchung der Morddrohung gegen Cristina Palabay und weitere Menschenrechtsverteidiger\*innen im Land durchzuführen und die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht zu stellen.

Bitte leiten sie in Absprache mit den Betroffenen wirksame Schutzmaßnahmen für gefährdete Menschenrechtsverteidiger\*innen ein und stellen Sie sicher, dass sie ihrer Arbeit ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen nachgehen können.

Untersuchen Sie bitte die Fälle aller bislang getöteten Menschenrechtsverteidiger\*innen und treten Sie dafür ein, dass die Verantwortlichen in rechtsstaatlichen Verfahren vor Gericht gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



# GUTE NACHRICHTEN

**SAUDI-ARABIEN: DREI FRAUENRECHTLERINNEN VORLÄUFIG FREIGELASSEN.** Amnesty International begrüßt die Nachricht, dass die drei Frauenrechtlerinnen Iman al-Nafjan (Foto), Aziza al-Yousef und Ruqayyaa al-Mhareb aus dem



Gefängnis entlassen worden sind. Sie waren unter anderem deshalb inhaftiert worden, weil sie ein Ende des Fahrverbots für Frauen in Saudi-Arabien gefordert hatten. Lynn Maaouf, Nahostexpertin bei Amnesty: „Die Freilassung der drei Frauen ist überfällig, da sie niemals hätten inhaftiert werden dürfen, und die Haftentlassung sollte definitiv nicht auf 'vorübergehender' Basis erfolgen. Sie wurden eingesperrt, von ihren Familien getrennt, gefoltert und bedroht – und das alles nur, weil sie sich friedlich für die Rechte von Frauen eingesetzt und ihre Meinung geäußert haben. Amnesty International fordert die saudischen Behörden auf, alle Anklagen gegen Iman al-Nafjan, Aziza al-Yousef, Ruqayyah al-Mhareb und auch die anderen inhaftierten Frauenrechtlerinnen fallenzulassen. Sie alle müssen umgehend und bedingungslos freigelassen werden.“

**SÜDKOREA: OBERSTES GERICHT ORDNET REFORM DER ABTREIBUNGSGESETZE AN.** Als Reaktion auf ein Urteil des südkoreanischen Verfassungsgerichts im April, das der Regierung anordnet, die Schwangerschaftsabbrüche im Land zu entkriminalisieren und die äußerst restriktiven Abtreibungsgesetze des Landes bis Ende 2020 zu reformieren, kommentierte Roseann Rife, Research Direktorin für Ostasien: „Das Urteil ist ein großer Schritt nach vorn für die Menschenrechte von Frauen und Mädchen

in Südkorea. Die drakonischen Gesetze des Landes haben zu einer Diskriminierung und Stigmatisierung von Generationen von Frauen und Mädchen geführt, indem sie gezwungen wurden, sich heimlichen und unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu unterziehen.“

**ISRAEL/BESETZTE GEBIETE. KHALIDA JARRAR FREIGELASSEN.** Die palästinensische Politikerin Khalida Jarrar wurde am 28. Februar aus dem HaSharon-Gefängnis in Israel entlassen. 20 Monate war sie ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gewesen. Khalida Jarrar ist palästinensische Parlamentsabgeordnete und eine bekannte Kritikerin der israelischen Bestzung palästinensischer Gebiete. Wegen ihres politischen und menschenrechtlichen Engagements wird sie bereits seit Jahrzehnten von den israelischen Behörden drangsaliert und eingeschüchtert. „Ich danke euch allen für euren Einsatz für meine Rechte und die anderer palästinensischer Gefangener“, bedankte sich Khalida Jarrar nach ihrer Freilassung.



## WIR LADEN HERZLICH EIN

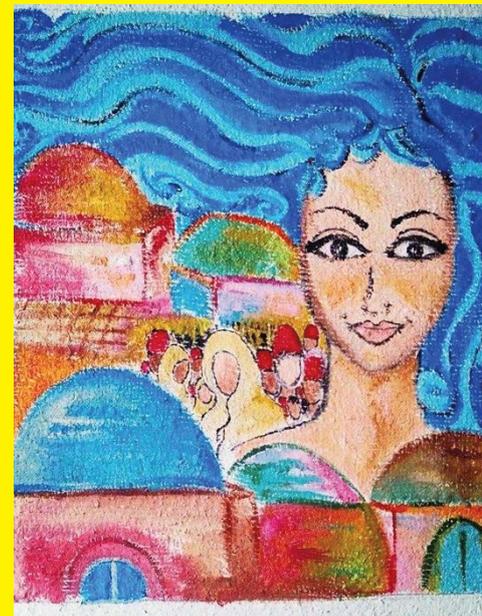
**Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte wird heuer 30 Jahre alt.**

Das wollen wir mit Gesprächen, Bildern, Filmen und Musik und vor allem mit unseren Freund\*innen und Unterstützer\*innen feiern. Unser aus Tunesien stammendes Gruppenmitglied Ikram zieht mit ihren Bildern und einer Dokumentation den Vorhang weg, der tunesische Frauen auf dem Land verbirgt. Parastoo aus dem Iran holt mit einem Film der iranischen Filmemacherin Mahnaz Mohammadi marginalisierte Frauen vor den Vorhang.

Unsere Gruppensprecherin Barbara berichtet von unserer Arbeit.

**Freitag, 21. Juni 2019, 18 - 21 Uhr**  
**Hotel Am Belvedere, Rennweg 12, 1030 Wien**  
Anmeldung: [frauenrechte@amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)

## WOMEN BEHIND CURTAINS



# GLEICHE CHANCEN. GLEICHE FREIHEIT. GLEICHE RECHTE.



GLEICHE Chancen. GLEICHE Freiheit. GLEICHE Rechte.



GLEICHE Chancen. GLEICHE Freiheit. GLEICHE Rechte.



GLEICHE Chancen. GLEICHE Freiheit. GLEICHE Rechte.

**Wir sind für ein Österreich**, in dem die Menschen respektvoll und achtsam miteinander umgehen. Wir sind für ein Österreich, wo jeder Mensch – unabhängig davon, wer er oder sie ist und wie er oder sie ihr Leben lebt – die gleichen Rechte und Zukunftschancen hat.  
Ein Österreich, in dem jede\*r gemeinsam mit anderen am sozialen Leben teilhaben kann.  
Dass es uns hier in Österreich gut geht, ist kein Zufall. Es geht uns heute wahr-

scheinlich besser als je zuvor – wir sind wohlhabender, werden älter und bleiben dabei auch noch gesünder.  
Wir können uns austauschen, uns persönlich entfalten, uns eine Meinung zu unterschiedlichsten Themen bilden und diese mit anderen teilen – und so auch an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhaben.  
Wir können unser Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen. Wir können dabei darauf vertrauen, dass wir einen sicheren

warmen Platz zum Schlafen, genug zu essen, Zugang zu Bildung und Informationen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen haben. Das gilt leider nicht für alle. Dafür, dass alle Menschen in unserem Land gleichberechtigt am Wohlstand und am sozialen Leben teilhaben können, dafür kämpfen wir.  
**Setzen wir uns jetzt für GLEICHE Chancen. GLEICHE Freiheit. GLEICHE Rechte ein.**  
**Das ist #ÖsterGLEICH**  
**Werde jetzt Teil: [www.östergleich.at](http://www.östergleich.at)**

## Foto- und Videoaktion des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte im Mai beim Parlament auf dem Heldenplatz



**IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43. Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler  
Verkehrsregister ZVR: 407408993  
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben.  
Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International  
Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 2, Juni 2019

Österreichische Post AG  
MZ 02Z 031 256M  
Amnesty International Österreich  
Lerchenfelder Gürtel 43  
1160 Wien  
**VORTEILSTARIF**